

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Pettzelle 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die falsche Lohnrechnung der Unternehmer

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände betont immer wieder den wissenschaftlich einwandfreien Charakter ihrer Denkschrift über die Lohnpolitik. Nun hat die wirkliche Wissenschaft, d. h. jene, die unabhängig und voraussetzungslos ihre Forschung betreibt, bisher nur sehr zögernd sich zum Lohnproblem geäußert. Soweit es geschieht, bedenken sich ihre Feststellungen sehr häufig nicht mit dem von der Spitzenorganisation des deutschen Unternehmertums verfolgten Standpunkt. Beachtenswert erscheint uns da vor allem ein Aufsatz von E. Jörger, der in der Industrie- und Handelszeitung der „Germania“ (Nr. 423 vom 1. Oktober 1924) veröffentlicht ist.

Jörger lehnt einleitend den wissenschaftlichen Charakter der Arbeitgeber-Denkschrift ab. Er tut dies mit der höflichen Wendung, „daß eine Interessenvertretung ihre Absichten notwendig auf Rechtfertigung und Propaganda richtet und eine Propagandabroschüre nun mal keine wissenschaftliche Arbeit sein muß.“

Was Jörger sachlich zu der Denkschrift der Arbeitgebervereinigung zu sagen hat, ist so bedeutungsvoll, daß wir es hier wörtlich wiedergeben, ohne uns jedoch mit jeder einzelnen Wendung zu identifizieren.

„Der Kernpunkt der ganzen Schrift besteht in der Erörterung der Lohnhöhe, die von der deutschen Industrie jetzt und in Zukunft getragen werden kann. Das beigegebene statistische Material zeigt, daß durchschnittlich die Arbeiterlöhne der Vorkriegszeit nominal schon im April-Mai fast überall erreicht waren, und daß im Juni-Juli in manchen Berufsgruppen, insbesondere bei den ungelerten Arbeitern, die Vorkriegsreallohn ebenfalls erreicht und ab und zu sogar schon überschritten waren. Die letzte Veröffentlichung in Wirtschaft und Statistik, Nr. 14 (des Statistischen Reichsamts) weist für Juni 1924 als Durchschnitt von zehn Berufsgruppen Durchschnittsreallohn für gelernte Arbeiter (berechnet über Lebenshaltungskosten und Verbandszeit) von 88,5 Proz. des Friedenslohnes bei verlängert und 84,7 Proz. bei tarifmäßiger Arbeitszeit aus; für Ungelernte 100,1 Proz. bzw. 95,5 Proz. Diese Differenz werden durch die Lohnstatistik der freien Gewerkschaften (Gewerkschaftszeitung vom 23. 8. 24) bestätigt.“

Nehmen wir an, daß es der Industrie nach und nach gelingt, diesen Friedensreallohn in allen oder den meisten Berufsgruppen zu erreichen, so muß man doch feststellen, daß damit die deutsche Industrie noch lange nicht ihre Friedensleistung erreicht hat. Man hat nämlich bei der Reallohnausrechnung etwas ganz Wesentliches übersehen. Dies besteht darin, daß wir nur eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Inlande haben von 16 Proz. bzw. 25 Proz. (für Ernährung), während im Auslande mit Edelwärla überall die Lebenshaltungskosten um 50 bis 70 Proz., meist aber über 60 Proz. über die Friedenspreise hinausgestiegen sind. Was bedeutet diese geringe Steigerung vorwiegend der Lebensmittelpreise für die Beurteilung der Lohnleistungen der deutschen Industrie? Da die Industrie in ihren Produktpreisen den Anstieg an die Weltsteigerung in der Höhe von 50 bis 60 Proz. schon gewonnen hat, so besagt eine Friedensreallohnleistung, gemessen an den billigen Lebensmitteln, daß diese Industrie für die gesamte Wirtschaft noch lange nicht den Ertrag bringt, den sie in Friedenszeiten abgeworfen hat. Ganz abgesehen davon, daß sie vorerst keine Rente (Dividenden und Zinsen) für das Anlagekapital zahlt, bleibt auch der Lohn verhältnismäßig weit hinter den Löhnen der ausländischen Konkurrenz nicht nur absolut (das wäre nicht bedenklich und war im Frieden auch schon der Fall), sondern auch relativ zurück. In der Lohngröße verlor sich nämlich nicht nur das Arbeitnehmerereinkommen, sondern indirekt das Einkommen aller derer, die für den Verbrauch der Arbeitnehmer Waren produzieren (deren Preise von der Lohnhöhe abhängen). Es ist allerdings anzuerkennen, daß die Leidtragenden, solange die jetzigen Lebenshaltungskosten bestehen bleiben, nicht in erster Linie die Arbeitnehmer sind. Die Leidtragenden waren die Landwirtschaft und sind heute vor allem die früheren Rentenbezieher (auch Hypothekenzinsen von der Landwirtschaft und aus Hausbesitz). Indirekt wird deren Einkommen nämlich ebenfalls durch die Leistungsfähigkeit der Industrie bestimmt. Haben die Mehrzahl der Verbraucher einen geringeren Lohn, so sind niedrige Preise für Agrarprodukte leicht erklärlich. Die Konsument kann für seine Lebensmittel nur so viel ausgeben, als er selber verdient. Die Landwirtschaft bezieht in diesem Sinne ein abgeleitetes Einkommen aus der Industrie. Die

Größe dieses Einkommens wird bestimmt durch die Preise, die die Industrie für ihre Produkte von der Landwirtschaft selber verlangt, und durch die Preise, die die Landwirtschaft für die eigenen Produkte beim Verkauf an Konsumenten erzielt. Kartoffeln und Getreide bedeuten für die Industrie sozusagen Rohstoffe, genau so wie Kohle, nur werden mit dieser die Maschinen geheizt, mit jenen die Arbeiter gespeist. Kohle wird von der Industrie direkt eingekauft; Brot, Fleisch und Kartoffeln indirekt auf dem Weg über den Arbeitslohn. Ist dieser hoch, so können auch die Preise für Getreide und Fleisch und Wohnung höher sein, ist er niedrig, so müssen jene Preise auch niedrig sein, sonst bleiben die Waren unverkäuflich. Wir stellen also fest, daß, wenn auch der Arbeitnehmer Friedensreallohn erhielte, die Industrie ihre reale Friedensleistung an die Gesamtheit, die besonders in der Lohnhöhe ihren Ausdruck findet, noch lange nicht erreicht hat, und zwar zu Ungunsten der Landwirtschaft und der Rentenbezieher.

Aus einem anderen Grunde muß die Industrie versuchen, möglichst bald zu Goldlohnfähigen zu kommen, die in einem gesunden Verhältnis (etwa wie im Frieden) zu denen stehen, die das vergleichbare Ausland zahlt. Nach Heft Nr. 13 „Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Reichsamtes haben die Goldlöhne in Großbritannien, Frankreich, Spanien, Holland, Schweden und in den Vereinigten Staaten mit der 50- bis 70prozentigen Steigerung der Lebenshaltungskosten voll auf Schritt gehalten, sie sogar in vielen Berufen der meisten Länder überstiegen. In Spanien sind die Reallohn bei acht Stunden Arbeitszeit höher als diejenigen für neun Stunden vor dem Kriege. Die Bauhilfsarbeiter in Holland erhalten im April einen um 64 Prozent höheren Reallohn als 1913/14, in Schweden lag der durchschnittliche Tagelohn real 23 Prozent über dem Vorkriegslohn. Berücksichtigt man in diesem Falle noch die Inlandssteuerung, so ergibt sich, daß in Schweden der Goldlohn gegenüber 1913 um etwas mehr als 100 Prozent gestiegen ist, sich also verdoppelt hat. Demgegenüber hat die deutsche Industrie kaum den Friedensgoldlohn erreicht, und wo sie bereits Friedensreallohn bezahlt, erhebt sich der ihm zugrunde liegende Goldlohn nur um 16 Prozent über den Goldlohn der Friedenszeit. Die Vergleiche zeigen deutlich, wie sehr die deutschen Löhne relativ gesunken sind. Sie müssen sich notwendigerweise von diesem Tiefstand nach und nach erholen. Wenn die deutsche Industrie bei einem Goldlohn bleibt, der 50 Prozent und noch tiefer (gegen Amerika oft 80 Prozent) unter demjenigen der ausländischen Konkurrenz liegt, darf man es den deutschen Facharbeitern nicht verdenken, wenn sie nach dem Ort des höchsten Lohnes auswandern. Eine allzu große Spanne jagt die besten Arbeiter aus dem Lande.

Solch relativ niedrige Goldlöhne werden die deutsche Industrie aber auch gegenüber der Konkurrenz in technischen Rückstand bringen. Bei uns werden infolge der billigen Arbeitskraft Maschinen von gleichem Preise wie in Amerika noch lange nicht rentabel sein, während sie es dort wegen der hohen Löhne schon sind. Es droht dann die Gefahr einer arbeitsintensiven Produktionsweise, die einer kapitalintensiven Produktion trotz billiger Löhne auf die Dauer niemals gewachsen sein wird. Sagt man, es fehlt das Kapital, so ist zu erwidern: es muß geliehen werden. Haben wir tüchtige Unternehmer, so werden sie auch das Kapital erhalten. Schon einmal ist die deutsche Industrie mit Auslandskapital ohne Ueberfremdungserfolge aufgebaut worden, weil wir tüchtige Unternehmer hatten. Das muß wieder geschehen, damit wir nicht ins Hintertreffen kommen. Ein vernünftiger Lohndruck ist auch ein Mittel, die Unternehmer auf den Weg des technischen Fortschritts zu pressen. Höhere Löhne können bei verbesserter Technik bezahlt werden, und diese wiederum legt die Ansammlung oder Entleihe neuen Kapitals voraus. Indirekt übt Lohndruck daher eine Saugewirkung aus auf ausländisches Kapital, das hereinzunehmen bei steigenden Löhnen und verbesserter Technik auch rentabel wird.

Ob durch eine solche Verschuldung wir als Volk zum Lohnslaven werden, wird niemals durch die Höhe der Verschuldungssumme bestimmt, sondern nur durch die Energie, Unternehmungslust und Erfindungsgabe, mit deren Hilfe ein so begabtes Volk aus überlieferten Kapitalsgütern mehr zu erwirtschaften versteht, als die international übliche Ertragsquote in Form von Zinsen an die Kapitalgeber abzuführen zwingt. Eine Bedingung muß allerdings erfüllt sein: Man muß uns gewissermaßen unsere Verschuldung mit dem einzigen Geld, das wir haben, zu erfüllen, nämlich mit der Erzeugung unserer Hände Arbeit. Die Überherrschungs politik vom Weltmarkt muß also ein Ende haben.

Dann werden im Völkerverleben wie im Leben der einzelnen nicht diejenigen die Führer und Unternehmer sein, denen das Kapital gehört, sondern jene, die Ener-

gie, Fleiß und andere Unternehmerfähigkeiten haben, um es am geschicktesten zu verwalten.“

Was der Verfasser über den Einfluß der Verbrauchereinkommen auf die Gestaltung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sagt, mag grundsätzlich richtig sein, in den Tatsachen findet es augenblicklich keine Rechtfertigung. Trotz nicht oder nur unwesentlich gestiegener und im ganzen unzulänglicher Löhne sind die Preise für alle Agrarprodukte in den letzten Monaten andauernd gestiegen, und namentlich die Getreidepreise haben einen geradezu abnormen Hochstand erreicht, nebenbei bemerkt: ohne Schutzölle. Die Frage ist allerdings, ob die Landwirtschaft ihre Preise auf dieser Höhe halten kann, wenn die Löhne weiterhin so niedrig bleiben wie bisher. Daran kann man in der Tat sehr ernsthaft zweifeln. So dürfte sich die Auffassung des Verfassers schließlich doch wieder als richtig erweisen. Womit übrigens gesagt ist, daß die Landwirtschaft aus nachfolgendem eigenen Interesse für eine ausreichende Entlohnung der Arbeiterschaft eintreten sollte, wogegen ihre führenden Organe sich bisher meist im entgegen gesetzten Sinne betätigten.

Aus der Jugendzeit des Verbandes

Von Anton Schmidt, Berlin

II. Die Polizei

Den heutigen Gewerkschaftlern ist nur noch zum Teil bekannt, wie in der Vorkriegszeit die Gewerkschaften durch die Vereins- und Versammlungsgesetzgebung eingeengt waren; welche Arbeit dadurch den Verwaltungsstellen erwuchs, und welche Schikanen angewandt wurden, um die gewerkschaftliche Arbeit zu erschweren, wenn nicht gar praktisch unmöglich zu machen. Schon der Zwang, daß jede Versammlung polizeilich anzumelden war, führte zu großen Unlieblichkeiten. Dazu kam, daß jede Veränderung in der Vorstandschaft, ja jedes neuaufgenommene Mitglied innerhalb der ersten drei Tage der Polizei gemeldet werden mußte. Dieser letzte Umstand führte oft zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Folgendes interessantes Geschichtchen soll dieses illustrieren: Ich komme eines Tages mit einer ganzen Kiste, es konnten einige dreißig Mann darauf stehen, zum Polizeibüro, um der Anmeldepflicht zu genügen. Der Beamte überprüfte die Kiste und domterte mich an, ob ich nicht wisse, daß jede Neuaufnahme innerhalb drei Tagen gemeldet werden mußte. Das Behagen dieser Frage brachte den Herrn erst recht in Harnisch und er sprachte mich etwa wie folgt an: „So, das wissen Sie, glauben Sie aber etwa, daß Sie mir vorzuerklären können, daß Sie diese ganze Kiste innerhalb dieser drei Tage aufgenommen haben? Für so dumm halte ich die Hochmurer nicht. Ich werde Sie kriegen, ich werde Ihnen jetzt auf die Finger sehen und Sie in jedem Uebertretungsfall mit der höchstzulässigen Strafe belegen. Also richten Sie sich danach.“ Ich verließ das Polizeibüro mit dem Vorworte, der Aufforderung von nun an voll zu genügen. Eines kam mir gelegen: der Weg von meiner Wohnung zur Arbeitsstelle führte mich täglich viermal an dem Polizeibüro vorbei. In den nächsten vierzehn Tagen wanderte nun jeden Morgen, Mittag und Abend je eine Anmeldung, sein läuberklich in einem Briefumschlag gesteckt, mit der Anschrift an die Polizeidirektion, Abteilung so und so, versehen, in den Dienstbriefkasten. Also täglich drei Anmeldungen. Der Respekt vor dem Gesetz war mir so in Fleisch und Blut übergegangen, daß ich diese Dringlichkeitsform der Anmeldung gerne noch weiter beibehalten hätte, wenn sich nicht eines Tages folgendes ereignete: Ich mußte persönlich zum Herrn Wachtmeister, um eine öffentliche Versammlung anzumelden. Bei meinem Eintritt wurde ich im reinen Polizeiton angefaucht: „Sind Sie verrückt, oder denken Sie, ich wäre verrückt? Glauben Sie, ich wäre nur für Sie da? Oder ich könnte für Sie einen eigenen Schreiber halten? Jeden Tag drei Anmeldungen, Sie sind verrückt!“ Bei dieser Begeißung muß ich wohl ein recht unschuldiges Gesicht gemacht haben, denn der Herr sprachte mich weiter an: „Gucken Sie mich nicht so dämlich an, oder denken Sie, ich halte Sie für so dämlich, wie Sie dreinschauen?“ usw. Endlich konnte ich einige Worte anbringen. Ich sagte ihm, daß ich nichts dafür könne; daß ich die Mitglieder leider nicht an einem Tage aufnehmen liege, wir müßten sie eben einzeln holen. Ich sagte ihm weiter, daß wir kein Geld dazu hätten, die angebotenen verhältnismäßig hohen Polizeistrafen für Nichtbefolgung der vereinsgesetzlichen Anmeldebefimmungen zu tragen, und im allgemeinen herrsche bei uns Ordnung. Ob dieser Worte wurde die Unterhaltung ruhiger. Sie endete schließlich damit, daß mir der Herr

Wachmeister das Recht einräumte, die Anmeldung nur alle drei bis vier Wochen mit einer Sammelliste zu tätigen. In der Folgezeit wurde ich mit dem Herrn sehr gut fertig. Er hat mir nie mehr mit Strafbestimmungen gedroht.

Uebergänge und Schikanen der Polizei haben wir auch sonst bei unserer gewerkschaftlichen Betätigung reichlich zu kosten bekommen. Das lag daran, weil, wie man sagte, die Polizei allmächtig war. Man oft fanden wir in wirklich wichtigen Streitfragen die Polizei auf Seiten der Arbeitgeber; bei Streiks war das durchweg der Fall. Das lag daran, daß sie das Recht in solchen Fragen stets auf Seiten der Arbeitgeber suchte. Die Versammlungsstätten hatten ihre Hauptursache wohl darin, daß die überwachenden Beamten, durchweg untergeordnete Organe, von dem Stoffe, welcher in unseren Versammlungen verhandelt wurde, meistens nicht sehr viel verstanden. In Redingsbruch ereignete sich einst folgender Zwischenfall: In meinem Vortrage hatte ich den Namen des Reichszanlers Wilow genannt. Der Beamte sprang auf und erklärte: „Wenn Sie den Herrn Reichszanler noch einmal nennen, werde ich die Versammlung auflösen, denn der Herr Reichszanler gehört nicht in eine Bauarbeiterversammlung.“ Bei einem Streik in Bedum arbeiteten auf einem Gerüst, welches der Gerüstbaukunst, sowie der Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften geradezu Höhe sprach, einige Streikbrecher. Um sowohl den Gerüstbau, wie auch die Streikbrecher für die Nachwelt festzuhalten, ließen wir die Stellung photographieren. Als wir nach zwei Tagen die Bilder abholen wollten, wurde uns erklärt, die Polizei hat die Herausgabe der Bilder verboten. Jedenfalls, um dem Unternehmer eine Gefälligkeit zu erweisen. Einige Monate später glückte uns dann der Ankauf der Platte, so daß wir in der Lage sind, noch heute mit dem Bilde aufzuwarten. Auf diesem Gebiet wäre es ein Leichtes, noch manche ernstlichen und heiteren Zwischenfälle zu schildern. Doch das Wenige dürfte genügen, um unseren jüngeren Mitglieðern die Schwierigkeiten zu zeigen, unter welchen wir damals zu arbeiten hatten.

Die Arbeitgeber

In unseren Gründungsjahren wurde seitens der sozialdemokratischen Agitatoren mit Vorliebe behauptet, es handle sich bei unserem Verbande um nichts weiter als um die Schaffung einer Schutztruppe für das Unternehmertum. Auch heute soll diese Methode der unanständigen „Erlebigung“ eines anständigen Gegners teilweise noch recht in Schwunge sein, besonders bei den Agitationskräften 3. und 4. Garnitur. Zugegeben kann werden, daß vielleicht in dem einen oder anderen Orte einige Arbeitgeber die Hoffnung hatten, nun nach dem Grundzüge: „Teile und herrsche!“ verfahren zu können und die deshalb die Gründung unseres Verbandes begrüßten. Diese Anschauung wurde aber keinesfalls von uns geteilt. Im Gegenteil! Wir haben stets unsere Aufgabe in der Interessensvertretung der Bauarbeiter erblickt und danach gehandelt. Die sozialdemokratischen Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter waren die Erzeuger solcher Arbeitgeberhoffnungen. Ihre allseitige Bekämpfung unseres Verbandes und ihre Ausschaltungskampfe bei Lohnbewegungen und Tarifverhandlungen zwangen uns des öfteren zu selbstständigen Handlungen. Gerade auf diesem Gebiete sind meine Erfahrungen noch recht reich, vielleicht, daß ich auch diese

Barlommuni einmal aneinanderreißt. Doch zunächst handelt es sich um die Stellung der Arbeitgeber zu uns. Von Anfang an wurde, genau wie heute, von uns betont, daß wir uns nicht auf dem Boden des Klassenkampfes bewegen, daß wir niemals um des Kampfes willen kämpfen, daß wir aber bei Verfolgung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben auch dem Kampf nicht ausweichen, solange es sich um berechnigte Forderungen und Wünsche unserer Mitglieder handelt. Daß sich bei Befolgung dieses Grundsatzes sehr leicht Reibungsflächen mit den Arbeitgebern ergeben, ist einleuchtend. Leider wiesen damals die Arbeitgeber und zumal ihre Vereinigungen jede, auch die berechnigte und minimale Forderung der Bauarbeiter ab, wie sie zunächst überhaupt jede Verhandlung ablehnten. Im Frühjahr 1899 hatte in Bochum der sozialdemokratische Maurerverband einen vergeblichen langen Streit geführt, um eine Stundenloohnerhöhung von 2 Pfg. durchzuführen. Nachdem wir im Oktober unseren Verband eingeführt hatten, trat die Leitung des Maurerverbandes an uns heran mit dem Ersuchen, jetzt sofort die alten Forderungen gemeinsam zu erheben. Wir stimmten zu und etwa Mitte November wurde die Forderung von dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Verbandes und mir als Vorsitzenden unserer Verwaltungsstelle Bochum unterzeichnet und der Innung des Baugewerbes unterbreitet. Eine direkte Antwort erhielten wir auf unseren Antrag nicht, aber indirekt erfuhren wir, daß die Innung zwar nicht mit der Organisation, wohl aber mit dem Gesellenauschuss im Laufe des Winters über die Lohnfrage verhandeln wollte. Für mich persönlich hatte unser Antrag etwas anderes im Sinne. Ich war seit mehreren Jahren bei einer Firma tätig, die letzten drei Jahre als Polier. Ich hatte in diesen drei Jahren auch bei der verkürzten Winterarbeitszeit stets Sommerlohn oder, besser gesagt, im Winter acht Stunden gearbeitet, aber 10 1/2 Stunden bezahlt erhalten. Außerdem war mir in den letzten Jahren eine kleine Weihnachtsgratifikation ausgezahlt worden. Jetzt aber, nachdem ich am 27. Oktober unsere Verwaltungsstelle gegründet hatte, Vorsitzender geworden war und im November in dieser Eigenschaft die Lohnforderung unterzeichnete, wurde mir 14 Tage vor Weihnachten mitgeteilt, daß ich jetzt nur noch den Lohn für acht Stunden bezahlt bekomme. Da ich diese Abwertung nicht anerkannte, erhielt ich zwei Tage vor Weihnachten meine Entlassung. Als ich nach mehreren arbeitslosen Wochen endlich bei einem Architekten Arbeit erhielt, mit dem Besprechen, innerhalb 14 Tagen an einem in Angriff zu nehmenden Neubau die Polierstelle zu erhalten, ahnte ich nichts Schlimmes. Der Neubau wurde auch begonnen, aber ein anderer Polier eingestellt. Als ich den Arbeitgeber an sein mir gegebenes Versprechen erinnerte, meinte er kurz: „Nun ja, der eine ist in dem Verband, der andere in jenem. Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen und zwar sofort ohne Kündigung.“ Ich nahm dieses Anerbieten an, um erneut wochenlang auf Arbeitssuche zu gehen. Dabei machte ich die Beobachtung, daß in vielen Fällen nur für mich keine Arbeit als Maurer zu haben war, denn es wiederholte sich öfter, daß direkt vor mir und hinter mir Einstellungen erfolgten, aber sobald man meinen Namen hörte oder in den Entlassungspapieren feststellte, war regelmäßig alles besetzt. Endlich erhielt ich nach längerer Arbeitslosigkeit auf dem Bochumer Verein (einem großen

industriellen Werke) Arbeit als Maurer. Am zweiten Tage meiner dortigen Tätigkeit stellte mir der Werkmeister die Frage: „Sind Sie Schmidt?“ Nach Bejahung dieser Frage nahm der Herr mich einige Schritte abwärts, um mir die Frage vorzulegen, ob ich der Vorsitzende des christlichen Maurerverbandes sei. Auch diese Frage wurde wahrheitsgemäß mit „ja“ beantwortet. Darauf wurde mir folgendes gesagt: „Die Bauinnung hat heute an uns geschrieben, daß Sie hier angefangen hätten und hat uns ersucht, Sie wieder zu entlassen.“ „Aber“, so fügte der Werkmeister bei, „das werden wir nicht tun, vorausgesetzt, daß Sie arbeiten können und Ihre Pflicht tun.“ Es genügt zu sagen, daß ich dann über drei Jahre, bis zum Tage meiner Anstellung als Bezirksleiter, in diesem Betriebe tätig war. Hätte der Werkmeister dem Wunsche der Innung entsprochen, wer weiß, wie es mir ergangen wäre. So aber konnte ich von hier aus die Agitation leiten und zum großen Teil selbst betreiben, ohne daß mir dabei Schaden zugefügt wurde.

Unserem alten verstorbenen Freunde Josef von Böllin in Dortmund und erging es schlimmer. Auch über ihn war die Hungertur verhängt. Er hat infolgedessen jahrelang als Reparatur- oder Scharwerkmaurer sein Dasein fristen müssen. Aber er wankte nicht. Auch unserem alten Kollegen Otto Clemens in Borchel, jetzt in Düsseldorf, wurden oft wegen seiner agitatorischen Tätigkeit die Papiere ausgehändigt, um ihn dann wochenlang herumzuheben, bis es ihm endlich gelang, wieder unterzuschlüpfen. Vielen anderen ging es genau oder ähnlich so. Aber je mehr Maßregelungen erfolgten, je öfter hörte man die Worte: „Nun erst recht.“

Die Organisation anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln, lehnten die Arbeitgeber, wie gesagt, ab. Als Arbeitnehmervertretung wollte man nur den Gesellenauschuss anerkennen, aber auch diese Unternehmerfreude dauerte nicht lange. Sehr schnell wurden die alten Jubiläumssinhaber dieser Stellen durch echte Gewerkschaftler abgelöst, und damit zog eine andere Willensmeinung und Verhandlungsart in diese Körperchaften ein. Dieses hatte zur Folge, daß man veruchte, der organisierten Arbeiterschaft die Ausübung der Wahl zu erschweren, indem man sie nicht in die Wahlliste eintrug oder die Ausstellung einer Wahllegitimation hintertrieb, so daß es vorkam, daß der ganze Wahlakt dieserhalb vereitelt werden mußte. Kurzum, der alte Innungsstyp erwies sich als ein untaugliches Mittel zur Knebelung der Bauarbeiterschaft. Man ging deshalb dazu über, den Arbeitgeberbund für das Rheinisch-Westfälische Baugewerbe zu gründen. Mit diesem werde ich mich unter dem Abschnitt „Lohnbewegungen“ etwas eingehender zu befassen haben. In diesem Zusammenhang will ich nur noch an einem Beispiele zeigen, wie man uns bekämpfte und welche Ditt man dabei anwandte.

In Bedum waren wir in eine Lohnbewegung verwickelt. Die Arbeitgeber hatten sich kurz vorher dem Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberverband, für welchen damals ein Herr Sch... unter dem Titel „Verbandsdirektor“ die Geschäfte führte, angeschlossen. Vor Ausbruch des Kampfes waren alle möglichen Einigungsversuche unternommen. Der Kampf konnte vermieden werden, wenn unsere Mitglieder einer letzten Einigungsformel zustimmten. Ich hatte die Befragung unserer Mitglieder übernommen und sollte den Arbeitgebern das

Vom Werden des deutschen Staates

IX.

Das Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden steht im Glanze des französischen Sonnenkönigs Ludwig XIV., der die unerbörte lange Zeit von 73 Jahren (1642-1715) regierte. Nachdem die beiden großen Staatsmänner Richelieu und Mazarin ihm zielbewußt vorgearbeitet hatten, führte er seinen Staat zur höchsten Blüte und höchsten Macht, zugleich das persönliche Königtum zur stärksten, konzentrierten Gipfelpflicht, indem er selbst zum Mittelpunkt des Staatslebens sich machte („Der Staat bin ich“) und so das absolute Herrschertum für sich und in der Folge für ganz Europa heraufschuf. Dieser rasche Aufschwung Frankreichs übertrifft, wenn man bedenkt, wie es noch hundert Jahre vorher gegen Karl V. zu kämpfen sich erwehren konnte; erklärlich wird es einigermaßen dadurch, daß danach fast alle größeren Staaten Erschütterungen durchzumachen hatten, daß vor allem Deutschland eben erst den 30jährigen Krieg hinter sich hatte, durch den das deutsche Gesamtstaatsleben auf- und abwärts war.

Für die deutsche Lebenshaltung wird für das ganze 17. und 18. Jahrhundert durchgängig in unwürdiger Weise Frankreich das Vorbild. Bei den Fürsten, die wie die Skizze von die französische Sonne freies, hing es an und zog seine Kreise bis in die entferntesten Bürgerhöfe. Man sprach und leidet sich französisch, nahm überhaupt alle französischen Sitten und Umgangsformen an. Einigermaßen kann mit jeder Erscheinung nur der Aufwand verfahren, daß das deutsche Volk durch den 30jährigen Krieg entsetzlich verelendert war, und es sich nur, wenn auch an fremdem Gut, innerlich wieder etwas verschaffte.

Im folgendsten wurde Ludwig XIV. Vorbild für ganz Europa durch seine Begründung des Absolutismus. Seine Vorherrschaft und die Bräute zu ihm bilden die folgenden Heere, die damals Mode wurden. Durch sie bekommt der Fürst alle Macht in die Hand, und dieses Staatsleben ist nun nur um seiner Person willen da. Das Volk muß ungeheure Steuern anbringen, damit es Frankreich ausführen und ein mehr als schwebelndes Hofleben führen kann. Im Weid herauszufahren, kann sogar Landesfürst als Soldaten an auswärtige Heere verbannt werden. Wie wenig Volk und Macht gegenüber der Herrscherperson gilt, ergibt man daraus, daß die Gebiete veräußert oder auch zusammengeführt werden, obwohl sie gar keinen inneren Ein-

gangsgrund haben. So wird der Sachsentönig zugleich König von Polen, der von Hannover König von England, der Fürst Hessens König von Schweden, und Franzosen wollen Fürsten in Spanien und Deutschland werden und opfern in blutigen Kriegen Tausende von Menschen für solche persönliche Zwecke.

Das herartige Reigenen und Grundzüge in Deutschland ganz besonders verderblich wirken mußten, ist durch des Reiches Auflösung bedingt und durch die Bestimmung des Westfälischen Friedens, daß jeder Fürst souverän und selbständig händisfähig, außer gegen Kaiser und Reich, sei. Der letztere Punkt wurde bald vergessen, und so haben wir schon damals den ersten „Rheinbund“, in dem verschiedene Fürsten, protestantische und katholische, unter französischem Protektorat sich zusammenschlossen, da sie eine Schwächung ihrer Rechte durch den deutschen Kaiser fürchteten. Ueberhaupt feiert die deutsche Uneinigkeit, geschürt durch gegenseitige Eifersucht und Mißgunst, damals ihre höchsten Triumphe. Ludwig XIV. konnte lange weite deutsche Gebiete durchziehen und ausrauben, ohne daß das Reich ihm den Krieg erklärte, denn was ging das diejenigen an, die nicht direkt betroffen wurden? Der Große Kurfürst durfte nach seinem glänzenden Siege über die Schweden (1675), die von Frankreich bezahlt und gegen Brandenburg gehegt waren, ihnen das deutsche Vorkommen nicht abnehmen, weil der Kaiser einen zu großen Machtzuwachs Brandenburgs fürchtete und es deshalb lieber schwedisch sah. Hierüber wiederum war der Große Kurfürst so erbittert, daß er für eine Zeitlang ein Bündnis mit Ludwig XIV. abschloß.

Oft wird heute Frankreich als der alte Erbfeind Deutschlands hingestellt. Demgegenüber muß betont werden, daß es zwischen keinen Nachbarn so dauernd feindlich war, wie zwischen Deutschland und Frankreich bis auf die Tage Ludwigs XIV. Dessen verhängnisvolle Schuld erst ist der dauernde Gegensatz, der seitdem die beiden Völker in Atem hält. Ludwig war damals der Vorherrschender Europas, hinter ihm stand ein einiges, williges, an Hilfsquellen reiches Volk, ein starkes, schlagkräftiges Heer. Er suchte nach Kanälen für die überflüssige Volkskraft. Ein weltbeherrschendes Geið hätte damals unbedingt den Blick über das Meer hinweg gewandt und für Frankreich ein weltbeherrschendes Kolonialreich gegründet. Einige Jahrzehnte später begann dann England seine Arbeit und hat sie konsequent bis heute mit vollem Erfolge durchgeführt. Ludwig aber blickte keine Augen an die französische Ozeansee und wollte hier zum mindesten den Rhein als Staatengrenze haben. Seitdem ist das französische Geschick nach dem

Rhein als Grenze nicht wieder verstimmt. Dann der deutschen Uneinigkeit und Latenunlust ist es ihm auch gelungen, weite Gebiete Frankreich anzugliedern. Zunächst holte er sich große Teile der damals noch spanischen Niederlande um den Kernpunkt Lille, und dann setzte er die berüchtigten Neunionskammern ein, die herauszufinden hatten, welche deutschen Gebiete einmal irgendetwie zu Frankreich gehört hatten. So besetzte er große Teile von Lothringen, Elsaß, und als für seine Gelüste sich durchaus kein Rechtsanspruch mehr herausfinden ließ, auch ohne solchen Straßburg (1681). Und doch konnte auch damals beschämenderweise Deutschland sich noch nicht zu einem kräftigen Schlag aufrufen. Das höchste aber leistete sich Ludwig, als er in die Pfalz und das Neckargebiet einrückte, und er, nun endlich ernstlich bedroht, auf dem Rückzuge in allerbarbarischer Weise das schönste deutsche Schloß, den Renaissancbau zu Heidelberg, in eine traurige Ruine verwandelte und den Dom zu Speyer einäscherte, die Kaisergräber darin schändete und alles umliegende Land verwüsten ließ. Diese Greuelthaten haben die deutsch-französische Kluft erst verewigt. Am allerempörendsten aber war es — und das damalige Volk empfand diese Handlungsweise noch tiefer als wir heutigen —, daß der „allerchristlichste“ französische König, wie er sich selber nannte, um ganz ungestört am deutschen Bundeskörper sich vergreifen zu können, die Türken zu seinen Bundesgenossen machte und den mohammedanischen Religionskrieg unter dem Zeichen des Halbmondes bis vor die Tore Wiens marschieren ließ (1683)! Seitdem im 8. Jahrhundert der Ansturm der Mohammedaner gegen den Westen Europas zurückgeschlagen worden war, hatten sie jetzt seit Beginn der Neuzeit versucht, von Osten her vorzudringen, nachdem sie 1453 Konstantinopel eingenommen hatten, das ihnen bis heute verblieben ist, obwohl sie einen Fremdkörper im europäischen Staatsleben darstellen. Unter Führung des Papstes hatte sich zum Abwehrkampf so ziemlich die gesamte Christenheit geeinigt; nur einem Ludwig XIV. blieb es vorbehalten, eigener niederer Vorteile willen sich mit den Türken zu verbinden und sie gegen das alte Europa zu hegen. Wie es immer in der Geschichte geht, maßlose Willtür findet doch einmal ihre Grenzen. Eines Tages erhob sich fast ganz Mittel- und Westeuropa gegen den Haubkönig, und wenn er auch nicht entscheidend gedemütigt werden konnte, so erlitt er doch verschiedene Niederlagen, die Kriege zogen sich unter ungeheuren Kosten in die Länge, und mit weiteren Mäueren und Vermehrung der „Gloire“ war es endgültig vorbei, wenngleich Elsaß und die annektierten Gebiete der Nie-

Resultat schriftlich mitteilen. Unsere Kollegen stimmten zu, und der Brief wurde geschrieben, aber der Kampf brach dennoch aus. Als wir dann später wieder am Verhandlungstisch zusammenkamen, wurde mir der Vorwurf gemacht, ich trage die Schuld an dem Streik, da ich damals mein Versprechen nicht gehalten hätte. Alle gegenteiligen Versicherungen, selbst das Vorlegen einer Kopie des fraglichen Briefes fruchteten nicht. Man behauptete einfach, den Brief nicht erhalten zu haben. Ja, man ging so weit, mich indirekt der Fälschung zu bezichtigen, indem man ironisch meinte, eine Kopie könne man auch noch nachträglich anfertigen, wenn man sie braucht, um sich rein zu waschen. Diese Verächtlichkeit wurde von dem Verbandsdirektor Sch... ausgesprochen. Ich knirschte vor Wut, aber es nützte nichts. Ich war eben zu vertrauensselig gewesen, ich hätte den Brief einschreiben lassen sollen. Doch im Laufe der Verhandlung trat eine unerwartete Wendung ein. Der Ortsvorsitzende des Arbeitgeberverbandes sah mich gegenüber am Verhandlungstisch. Während er nur einmal in seinen Akten herumfingerte, erblickte ich den betreffenden Brief darin. Ihm sehen und an mich reißten, war das Wert einer Sekunde. Dann aber wurde ich grob, so saugroh, wie ich es vielleicht vorher niemals gewesen und auch später nie wieder geworden bin. Auf der anderen Seite teils blasse, teils puerrote Gesichter, aber man stritt jegliche Wissenschaft um den Brief weiter ab. Man wollte den Brief eben jetzt zum erstenmal gesehen haben. Wie derselbe in die Akten gekommen sei, wollte niemand wissen. Man erklärte, es könne nur so sein, daß der Brief in Abwesenheit des Herrn Verbandsdirektors angekommen, von einem Angestellten nach Beckum geschickt, dort ebenfalls von untergeordneten Kräften in Empfang genommen und dem Akten einverleibt worden sei, ohne daß die Hauptpersonen weder in Essen noch in Beckum eine Ahnung davon gehabt hätten!

Noch manche Einzelheiten könnte ich zu diesem Kapitel anführen, aber die wenigen Proben genügen wohl, um das damalige Verhältnis der Arbeitgeber zur Arbeitnehmerorganisation zu charakterisieren. Es ist besser geworden in der Folgezeit, besser vor allem durch den unerschrockenen Kampf, den die Bauarbeiter um ihre Rechte führten, besser auch, weil die Einsicht auf Arbeitgeberseite in die Notwendigkeiten einer veränderten Zeit wuchs. Aus das Letztere soll anerkannt werden.

(Schluß folgt.)

Sport und Gewerkschaften

Der Sport ist in den letzten Jahren in Deutschland zu einer Bedeutung gelangt, daß notgedrungen einmal über das Thema: „Sport und Gewerkschaften“ geredet werden muß. Zwar besteht zwischen beiden kein direkter Zusammenhang, aber indirekt wirkt der Sport heute schon sehr tiefe Schatten auf die Gewerkschaften.

Indem ich dies schreibe, bin ich gewiß, den lebensschafflichen Widerspruch der Sportfreunde in unseren Reihen hervorzuheben. „Wieso wirkt der Sport Schatten auf die Gewerkschaftsbewegung?“ werden sie unwillig fragen. Und doch ist dem so.

Der Sport ist in unserer Zeit zu einer Leidenschaft, ja, zur Krankheit gewor-

derlande französisch blieben. Frankreich verlor bis über die Ohren in Schulden, und als der greise König 1715 endlich starb, da folgten der „Sonne Europas“ tausende Verwünschungen und Flüche ins Grab. Er hätte Frankreich bei richtiger Einsicht eine gewiß dauernde Weltstellung erwerben können, hat dafür aber die ewige Beunruhigung an der deutschen Grenze heraufbeschworen und in sein Land die ersten Giftbazillen gelegt, die blutig in der großen Revolution ausgären mußten.

Im Zeitalter Ludwigs greift zum erstenmal der brandenburgisch-preussische Staat in die europäische Politik ein und zeigt, daß seine Entwicklung in die Jahre der Reife gekommen ist. Als kaiserliche Befolgsmänner waren die Hohenzollern in Süddeutschland aufgetreten, und sie hatten diese Tradition auch als Kurfürsten von Brandenburg (seit 1417) fortgesetzt. Durch geschickte Erbverträge erweiterten sie ihr Gebiet, und zur Zeit des Westfälischen Friedens hatten sie Besitzungen im äußersten Osten (Preußen!), wenn auch unter polnischer Oberhoheit, wie im äußersten Westen (Lüttich, Namur, Ravensberg). Durch diese zerrissene Gruppierung war der Staat bestimmt, entweder wieder zu verfallen, oder bei äußerster Kraftanstrengung die Lücken zwischen den gewaltigen Flügeln auszufüllen. Das Letztere ist mit härtester Konsequenz durchgeführt worden. Im schwedisch-polnischen Kriege erwarb der Große Kurfürst durch großes Geschick die Selbstständigkeit Preußens. In der dreitägigen Schlacht bei Warschau 1656 verrichteten die Brandenburger ihre erste weltkundige, glänzende Waffentat. Um die Frucht des Krieges mit Schweden, — das kostbare Vorpommern — wurde es allerdings von Ludwig XIV. geprellt, der seine bezahlten Bundesgenossen nicht im Stich ließ, auch durch Reib und Mißgunst des deutschen Kaisers und der Fürsten, obwohl er das Interesse des Reiches gegen Ludwig verachtete. Seine Nachfolger trieb die echte, persönliche Politik, wie sie damals an der Tagesordnung war. — Er vermietete sogar seine Truppen nur gegen bestimmten Preis an den Kaiser. Einer dieser Preise war die vom prächtigen Kurfürsten ersehnte Königskrone, die mit allem Pomp im Jahre 1701 vollzogen wurde. Friedrich I. wurde der erste preussische König, gegen Gruppenstellung von 8000 Mann an den Kaiser. Aus demselben Grunde wurde damals die Kurwürde für Hannover geschaffen. Land und Volk sind Figuren im Schachspiel geworden, das Fürsten und Kabinette in elegantester Form betreiben, um sich möglichst gegenseitig zu überlisten und eigene Vorteile herauszuschlagen.

Georg Nowotnik.

Um 18. Oktober 1924 ist der zweihundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

den, zu einer Krankheit, die Grantisch zu werden droht.

Ueberall, wohin wir sehen, finden wir den Sport, seinen Sport, der fast schon zur Farce geworden ist, und wo er es noch nicht geworden ist, zu werden droht. Wir sind keine Gegner des Sports, halten ihn sogar für eine deutsche Lebensnotwendigkeit, nachdem die allgemeine Wehrpflicht, dieses hervorragende Mittel zur körperlichen Erziehung des Volkes, weggefallen ist. Aber nur der gesunde Sport erfüllt diesen Zweck. Was wir bekämpfen und bekämpfen müssen, ist die Ueber-treibung des Sports, der Sportfanatismus. Jene Einstellung, die für gewerkschaftliche und allgemeine geistige, ja selbst für religiöse Dinge kaum noch Interesse hat, deren Denken sich vielmehr im Sport erschöpft. Sehen wir uns doch manche dieser Sportfanatiker einmal etwas näher an. Fragen wir sie, ob sie ihren religiösen Pflichten nachgekommen sind, wenn sie Sonntags zum Sportplatz oder auf Wanderschaft ziehen. Fragen wir sie einmal, wie sie es mit ihren gewerkschaftlichen Pflichten halten. Wir werden in manchen Fällen entsetzt angesehen und vielleicht auch noch gefragt werden: „Ja, gibt es denn so etwas auch noch?“ Oder wir werden die kurze Antwort bekommen: „Ich bin Sportmensch.“ Das heißt, alles andere ist mir schnuppe. Hier droht zunächst die Gefahr einer Kulturverengung. Denn welche kulturellen Hochleistungen will man von Menschen erwarten, deren ganzes geistiges Interesse sich auf den Sport konzentriert?

Aber auch in religiös-sittlicher Hinsicht sind die Gefahren groß. Wenn der Sport so wichtig ist, daß er sich durch nichts, aber auch durch nichts von ihm abhalten läßt, der wird sich bald auch mit Begeisterung über die religiöse Sonntagspflicht hinwegsetzen. Denken wir dann vor allem an das heute so verbreitete Wandertreiben. In ganzen Karawanen ziehen die „Naturfreunde“, und zwar beiderlei Geschlechts, meist des Sonnabend schon hinaus, um häufig über den Sonntag zu bleiben. Wenn diese Wanderlust sich aus einem Geschlecht zusammensetzen oder doch mindestens unter zuverlässiger und strenger Führung in die Natur hinaus-zögen, wir würden kein Wort drüber verlieren. Aber wie ist es denn heute? Eine Gruppe von unreifen jungen Leuten beiderlei Geschlechts, meist 15- bis 20-jährige, bildet einen Wandertag (Bigeunertag wäre der richtigere Name) und zieht durch Wälder und Fluren. Die stillosen Gefahren eines solchen Treibens brauchen nicht näher ausgemalt zu werden. Ihr Eltern, es geht euch in erster Linie an! Aber auch der Zusammenhang mit dem gewerkschaftlichen ist erst genug. Wissen wir doch aus der Erfahrung, daß auf die Dauer nur religiös und sittlich gefestigte Charaktere in unserer Bewegung bei der Stange zu halten sind.

Ueber die ganz unmittelbare Schädigung des gewerkschaftlichen Lebens durch ein übertriebenes und vielfach völlig ausgeartetes Sportstreben gibt es bei allen in der Arbeiterbewegung irgendwie führenden keine Meinungsverschiedenheit. Hier tut sich ein Problem auf, das gar nicht ernst genug genommen werden kann. Man sehe doch in unsere Gewerkschaftsversammlungen hinein. Wer fehlt, sind die jungen Kollegen. Sehr schwer, oft unmöglich, ist es auch, sie für die Uebernahme eines Hausfassierer- oder sonstigen Vertrauenspostens zu gewinnen. Der Sport nimmt sie so in Anspruch, daß sie keine Zeit mehr zur gewerkschaftlichen Betätigung finden. Aber, und das ist schämmer, sie haben vielfach auch keinen Ehrgeiz nach dieser Richtung. Gewerkschaft? Man zählt doch — wenn's hochkommt! — seinen gewerkschaftlichen Beitrag — was will man mehr? Für den Sport dagegen ist kein Opfer an Zeit und Geld zu groß. Ueberflüssig zu sagen, daß ein solcher Zustand den Gewerkschaften äußerst gefährlich werden muß. Abgesehen von der Sorge um die Wahrung des gewerkschaftlichen Ertrages, wird sich für diese die schicksalshafte Frage auf: Wo soll bei solcher Weiseverfassung der Jugend der notwendige Führerwachstum herkommen?

Deshalb ist es höchste Zeit, daß das Thema: „Sport und Gewerkschaften“ in unseren Gewerkschaftsveranstaltungen einmal ernst erörtert wird. Die Gewerkschaften müssen mit aller Kraft darauf bringen, daß der Sport auf ein gesundes Maß zurückgeführt wird. Es ist eine Erziehungsaufgabe, die den Gewerkschaften hier erwächst, eine Erziehungsaufgabe, die nur unter dem Motto stehen kann: Erst die Gewerkschaft, dann der Sport.

Allgemeine Rundschau

Wichtige Rundgebung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands

Am 21. und 22. September tagte in Köln die 22. Delegiertenversammlung des Verbandes katholischer Arbeitervereine der Erzdiözese Köln. Auf dieser Tagung wurde unter anderem auch vom Standpunkte der katholischen Arbeitervereine aus Stellung zu wirtschaftlich aktuellen Fragen genommen und diesbezüglich folgende Entschlüsse einstimmig gefaßt:

„Die wirtschaftliche Arbeit hat in ihren Endzwecken höheren kulturellen Zwecken zu dienen. Diesen sittlichen Grundgedanken der Arbeit betonen wir heute mit härtestem Nachdruck und folgern daraus:
1. Die wirtschaftliche Produktion muß auf die Lebensnotwendigkeiten des Volkes gerichtet sein. So lange weite Volksteile die notwendigen Bedarfsgegen-

entbehren, muß die Herstellung lebensunwichtiger Gegenstände zurückgedrängt werden, um die ganze Produktionskraft planmäßig auf das Lebensnotwendige zu konzentrieren.

2. Der Arbeitslohn muß hinreichen, dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, insbesondere dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, sich und seine Familie ausreichend zu ernähren und zu bekleiden, gesund und sittlich einzuwandern zu wohnen und an dem Kulturleben des Volkes teilzunehmen. Gegenwärtig entspricht der Lohn bei weitem nicht diesen Anforderungen, im allgemeinen reicht er nicht mal aus, das nackte Leben zu fristen.

3. Die Arbeitszeit muß so bemessen sein, daß dem Arbeiter nach der Arbeit genügend freie Zeit verbleibt zu körperlicher und seelischer Erholung und zur Entfaltung eines höheren kulturellen Lebens. Nach sachverständiger Meinung ist der Nachstundenarbeitstag volkswirtschaftlich ausreichend. Wir fordern ihn als Normalarbeitszeit und erwarten von Parlament und Regierung, daß sie durch zweckmäßige Gesetzgebung und internationale vertragliche Regelung den Nachstundenarbeitszeitverhältnisse, besonders die zweifelhafte Schicht in der Eisenindustrie und im Bergbau bedeuten schwerste Schädigungen der Gesundheit, der Sittlichkeit und des Familienlebens der Arbeiterschaft.

4. Kapital und Arbeit müssen gleichberechtigt nebeneinander die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart und Zukunft zu überwinden suchen. Wir fordern die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen als eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte als Stelle gemeinsamer Arbeit an den wirtschaftlichen Aufgaben und als Stelle des Ausgleichs widerstrebender wirtschaftlicher und sozialer Interessen.

Es muß das stete Streben der Gewerkschaften sein, der Arbeiterschaft die ihr zustehenden Rechte, namentlich hinsichtlich Lohn- und Arbeitszeit, zu erkämpfen. Die Gewerkschaften können dies nur, wenn sie organisatorisch stark und schlagkräftig sind. Deshalb erwarten wir von unseren Mitgliedern, daß sie reiflos den christlichen Gewerkschaften angehören und in ihnen tatkräftig mitarbeiten.“

Getreidepreise, Handelsvertragsverhandlungen und Schutzzoll

Die Getreidepreise haben in den letzten Wochen weitere gewaltige Steigerungen erfahren. In der Berliner Produktenbörse wurden folgende Preise amtlich festgesetzt (in Goldmark je Tonne = 20 Hektar):

	Weizen	Roggen	Hafer	Sommergerste
1. Juli . . .	130-144	127-134	124-134	158-147
31.	185-190	137-143	147-153	162-171
1. September . . .	208-213	170-176	159-169	205-216
1. Oktober . . .	237-245	234-242	186-194	225-250
4.	241-249	246-253	189-197	229-255

Vorkriegspreise (Durchschn. 1913) 198,8 164,4 162,2 192,36

Der Preis für unser hauptsächlichstes Brotgetreide, den Roggen, liegt nach der letzten Notierung um mehr als 53 Prozent über dem Friedenspreis! Er hat nun den Weizenpreis überholt, ein geradezu kurioses Verhältnis.

Angesichts dieser Preisentwicklung dürfte die „Krisenlage der Landwirtschaft“ als Grund für die Wiederetablierung landwirtschaftlicher Schutzzölle anzusehen haben. Weisen nur noch die außenpolitischen (handelsvertraglichen) Notwendigkeiten, die allerdings sehr schwer wiegen. Aber auch hier tut u. E. Eila nicht not. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien bereits eingeleitet seien, die mit England demnächst folgen dürften und also die deutsche Regierung etwas in Händen haben müsse, so sind wir der Meinung, daß ein Handelsvertrag mit diesen Ländern im ersten Anlauf doch nicht zustande kommt. Das Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlungen dürfte nach unserer Schätzung bestenfalls ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen sein, ähnlich, wie es mit Rumänien getroffen ist. Außerdem sind die genannten Länder sämtlich Getreideimporteure und nicht Getreideausfuhrländer, und also an deutschen Agrarschutzzöllen nur sehr wenig interessiert.

Haben wir mithin genügend Zeit und Freiheit, einen kompletten Zolltarif aufzustellen, dann darf der Weg des Ermächtigungsgesetzes nicht beschritten werden. Die Begründung des letzteren war übrigens von Anfang recht schwach, durch die neuerliche Preisentwicklung auf dem Getreidemarkt ist sie z. T. dreifach gegenstandslos geworden.

Landwirtschaft und Schutzzoll

In der „Germania“ (Nr. 405) besaßt sich ein westdeutscher Landwirt mit den Ursachen der sprunghaften Aufwärtsbewegung der Getreidepreise und nennt als solche: Steigerung der Weltmarktpreise, teilweise ungünstige Ernte, vor allem aber das Abströmen beträchtlicher Mengen deutschen Getreides ins Ausland infolge der Ausfuhrfreigabe. „Es tritt nun die bedauernde Folge ein, daß Deutschland für das noch zu verhältnismäßig schlechten Preisen ausgeführte Getreide zu höheren Preisen im Ausland Käufe vornehmen muß.“

Der westdeutsche Landwirt wirft die Frage auf, ob bei dem jetzigen hohen Preisstand und bei der geschädigten Sachlage die von der Regierung dem Reichstag vorgelegte Zollvorlage noch ihre Begründung und Berechtigung besitzt und gibt die folgende Antwort:
„Zunächst soll die Frage beantwortet werden, ob unter diesen Umständen der deutsche Landwirt an

der Einführung der Agrarzölle interessiert ist. Wir wollen bei der Erörterung dieser Frage von der ostelbischen Großlandwirtschaft absehen und vor allem die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft, besonders im Westen, betrachten. In normalen Zeiten haben auch die westdeutschen bäuerlichen Betriebe nicht unbeträchtliche Mengen von Getreide an den Markt gebracht. In diesem Jahre aber hat sich das Bild recht wesentlich geändert. Infolge des regnerischen Wetters ist die Brotfruchtenernte in den meisten Gegenden dezent weniger eingebracht worden, daß sie kaum als mahlfähige Ware an den Markt gebracht werden kann. Biersach ist es sogar so, daß die Landwirte kaum das für ihren Selbstbedarf notwendige gut beschaffene Getreide geerntet haben. Hieraus ergibt sich für die meisten Betriebe die unbedingte Notwendigkeit, auch im Hinblick auf den starken Viehbestand, Getreide zuzukaufen. Es kann deshalb ohne Übertreibung gesagt werden, daß die überwiegende Mehrzahl der bäuerlichen Wirtschaften, zum mindesten in diesem Jahre, an einer weiteren Steigerung der Getreidepreise, wie sie die naturgemäße Folge von Schutzzöllen sein müßte, kein Interesse besitzt. Man muß auch bedenken, daß der jetzige Preisstand schon derzeit hoch ist, daß die darin zum Ausdruck gelangende Steigerung gegenüber dem Kriegesstand nicht mehr hinter der Erhöhung der Preise für alle übrigen Verbrauchsgüter zurückbleibt. — Es läßt sich deshalb im Augenblick eine Einführung von Schutzzöllen, die ja zweifellos eine weitere erhebliche Belastung aller übrigen Volkswirtschaften bedeuten würde, kaum vertreten, es sei denn, daß die geschilderte Preisentwicklung (was kaum zu erwarten ist) einen jähen Rückschlag erfahren würde. — Nicht Zölle sind das im Augenblick dringende Erfordernis, sondern Milderung des Steuerdruckes und Gewährung von langfristigen, billigen Krediten für die Herbstbestellung.

Der Preisabbau — eine Enttäuschung

Die große Preisabbauaktion der Regierung hat in der privaten Wirtschaft fürs erste nicht nur kein Echo gefunden, sondern statt der erwarteten Preisherabsetzungen ist eine allgemeine Erhöhung des Preisniveaus eingetreten. Die amtliche Indexziffer für die Lebenshaltung weist für die letzte Septemberrunde eine Steigerung um 1,2 Prozent, im Durchschnitt des Monats September gar eine solche um 5,4 Prozent auf!

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Erich Dombrowski: „Das Problem des Preisabbaus ist eben nicht mit einigen temporären Mitteln oder Mitteln zu bewerkstelligen, sondern darüber hinaus, muß die ganze Wirtschaftspolitik, auf lange Sicht, auf den Gedanken einer Preisbindung eingeleitet sein, die allein den Massen einen erträglichen Standard of life ermöglicht und die beginnende Sanierung der deutschen Volkswirtschaft zu einem ersprießlichen Ende führt. Wir müssen uns endlich daran gewöhnen, daß man nicht mehr bei möglichst geringem Umsatz möglichst große Verdienste erzielt, sondern daß, wie ebendies, bei großem Warenumschlag die jeweilige Verdienquote nur gering und erst in der Addition groß wird.“

Dem können wir uns nur anschließen. Dasselbe sagt Dr. H. Steffensmeier in der „Germania“, der dort schreibt: „Der Handel, der von der Kreditkrise weniger betroffen wurde, nahm seine wirtschaftlich starke Stellung aus, um den Konsumenten Preise aufzuzwingen, die ihm eine ungewöhnlich hohe Gewinnquote zuteil werden ließen. Es sei hier nur ein Beispiel angeführt für die Preissteigerung, das typisch ist. Es betraf Ende August 1 Pfund Rindfleisch in Pfennigen: Metzger: 36, Viehhof: 40, Großhandel: 70, Kleinhandel: 120, Steigerung 23 Prozent.“

Steffensmeier verschließt sich den Konsequenzen nicht, die sich aus einer solchen Lage notwendig ergeben müssen. Diese Enttäuschung, die mit den von der Regierungsseite geäußerten Hoffnungen in Widerspruch steht, kann nicht ohne Rückwirkung auf die Lohnbewegung bleiben. In der Industrie- und Bauarbeiterbewegung gärt es bereits bedenklich. Forderungen nach Lohnsteigerungen bis zu 20 Prozent werden in verschiedenen Industriezweigen laut. Es besteht so die große Gefahr, daß durch erhöhte Löhne die gewaltsame Verbilligungspolitik der Regierung illusorisch gemacht wird. Es wird schwer sein, den Arbeitern klar zu machen, daß, nachdem gewisse Hoffnungen genährt sind, ein Preisabbau für die Konsumartikel vorläufig doch der Regierungsmassnahmen nicht eintreten wird. Es wäre aber falsch, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen.

Sehr richtig! Die Arbeiterschaft ist auch nicht gewillt, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen. Sie regreißt durchaus die gegenwärtige schwierige Lage unseres Landes. Aber sie ist nicht gewillt, für die Wirtschaftswirtschaft der anderen zu büßen. Wer also die Wirtschaft vor neuen großen Vorkäufen bewahren will, setze den Hebel an der rechten Stelle an, die Arbeiterschaft aber verschone man mit Vorwürfen.

Aus dem Verbandsleben

Jubiläumssfeier in Glabbed (Westf.)

Das Silberjubiläum unseres Verbandes veranlaßt am 4. und 5. Oktober Mitglieder und Familienangehörige der Verwaltungsstelle Glabbed zu einer feierlichen Versammlung. Die Beteiligung war überaus stark. Schon bei dem Kommen am Sonntagabend konnte der Kollege Einig eine feierliche Versammlung begrüßen, von Glabbed, Westf., Dattrop, Dorsten, Kirchhellen waren die christlichen Bauarbeiter betriebsweise, darunter eine Anzahl Scher, die vor 20 Jahren die Jahre des christlichen Bauarbeiterverbandes auch hier entfaltete. Ihnen galt ein besonderer Willkommensgruß. Der Abend verlief aufs Schönste. Hr. Sanders aus Essen sang Lieder zur Laute und erntete reichen, wohlverdienten Beifall. Kollege Kress, der Begründer der Ortsgruppe Glabbed, sprach namens der Jubilare. Am 24. April 1904 fanden sich 24 Bauarbeiter in Glabbed zusammen, um eine Ortsgruppe des christlichen Bauarbeiterverbandes zu bilden. Nach 8 Tagen waren es nur noch 14. Es fiel schwer, ein Lokal zu bekommen. Aber die Gründer verzagten nicht; im Herbst 1904 waren es bereits 120 Mitglieder. Im Januar 1905 schloß man den ersten Tarifvertrag, und nun ging es voran auf der ganzen Linie. Kollege Kress dankte seinen Mitarbeitern von damals, Weber Müsch, Luth, Schnieder, Riesenher-Kirchhellen, Lampen-Dorsten. Er mahnte die Jugend, es in treuer Arbeit für die Gewerkschaft den Allen gleich zu tun.

Am Sonntag, den 5. Oktober, fand nachmittags im Gefellenhaus ein Konzert statt, und abends die eigentliche Festfeier. Die übrigen christlichen Verbände, die katholischen Arbeitervereine sowie die weltlichen und geistlichen Behörden hatten Vertreter entsandt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Festansprache des Begründers der Verwaltungsstelle Glabbed, Kollegen Kress. Er führte u. a. aus: Das 25-jährige Jubiläum einer Arbeitergewerkschaft ist ein Jubiläum besonderer Art. Es kündigt von schwerer Arbeit, die freiwillig, ohne Bezahlung, geleistet wurde, die vielfach Unbill statt Dankbarkeit sah, die an Enttäuschungen reich war, die den Gründern Opfer und Entbehrungen jeder Art auferlegte. Am Tage des 25-jährigen Jubiläums vergißt man das alles gerne und freut sich des Erfolges; man wirft einen Rückblick, wie es früher war, was geleistet und erreicht worden ist, und hält Umschau und Auschau, was noch zu tun bleibt. Redner plazierte dann anschaulich, wie die Lage der Bauarbeiter vor 20-25 Jahren war: unzureichende Löhne, überlange Arbeitszeit, Arbeiterstich war unbekannt. Es gab auch verständige, einflichtige Unternehmer, aber sie konnten sich nicht durchsetzen. Auf der anderen Seite stand die Masse der Arbeiter den Dingen gleichgültig, mit stummer Ergebung gegenüber. Da gründeten einige Mutige in Berlin unter Führung Lieberbergs den Verband christlicher Maurer und verwandter Berufe, den Vorläufer des christlichen Bauarbeiterverbandes. Im Westen entstand die erste Gruppe in Köln. Die Gründer kannten die Berliner nicht. Die Gründungen von Ortsgruppen und Bezirken begannen so recht erst 1902, 1903, 1904. Im letzten Jahre wurde auch die hiesige Ortsgruppe ins Leben gerufen. Die jungen Gründungen hatten einen bitteren Kampf zu führen, und zwar nach zwei Seiten, einmal gegen das Unternehmertum, dann gegen den sozialistischen Verband. Redner zeichnete in interessanten Ausführungen ein Bild dieser Kämpfe, von der die Jugend eigentlich so recht nichts weiß.

Der Gegner waren es viele, ihre Kampfmittel oft hinterhältig und verwerflich, aber der christliche Bauarbeiterverband wuchs und ist heute ein starker Baum. Die Opfer sind nicht umsonst gebracht. Der christliche Bauarbeiterverband darf für sich in Anspruch nehmen, Bahnbrecher der Tarifbewegung gewesen zu sein.

Der Tarifvertrag ist heute das Gesetzbuch für den Arbeiter, in dem seine Rechte niedergelegt sind. In ihm ist:

1. die Anerkennung der Organisation festgelegt,
2. die Lohnfrage bis zum Lehrling geregelt,
3. die Arbeitszeit geregelt,
4. Schlichtungsinstanzen vorgelesen und alle Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, geregelt.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist aber auch eine geistige, eine Kulturbewegung. Sie arbeitet Hand in Hand mit den konfessionellen Arbeitervereinen. Und diese Kulturbewegung hat sich durchgesetzt, was Redner des Näheren aufwies. Er gedachte dann der Zukunftsaufgaben. Die Vergarbeitsausperrung hat blühartig die Situation beleuchtet. Die Reaktion geht um. Da heißt es, sich vorsetzen, die Organisation nach innen und außen festigen, der Jugend echten Gewerkschaftsgeist einimpfen und ihr vor allem klar machen, daß das christliche Sittengesetz die Grundlage des Wirkens der christlichen Gewerkschaften ist, und daß ein christlicher Gewerkschaftler auch ein guter Christ sein muß. Mit einem feurigen Appell an die Anwesenden zu weiterer treuer Mitarbeit im Verband schloß Redner unter lebhaftem Beifall seine von idealer Begeisterung für die christliche Gewerkschaftstradition getragenen Ausführungen. Kollege Einig sprach ihm den Dank der Versammlung aus. Es folgten Musikvorträge, Siederspender der Sautenfängerin Fräulein Sanders, dazwischen Länze, und so verlief der Abend, der für die Verwaltungsstelle Glabbed gewiß fruchtbringend sein wird, aufs Beste.

Sozialpolitik

Keine behördlichen Verwaltungsgebühren für Kriegsgenossen. Auf Grund der Verwaltungsgebührenordnung vom 23. 12. 23 sind für Auskünfte der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen von einzelnen Behörden Verwaltungsgebühren erhoben worden.

Wie uns vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserhinterbliebener, Berlin NW. 18, Hr. Franzfurter Str. 33, mitgeteilt wird, ist von der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes sofort nach Bekanntwerden dieses Sachverhaltes an die Preussische Staatsregierung eine Eingabe gerichtet worden, durch welche die Befreiung dieser Gebühren gefordert wurde. Dem Antrage des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserhinterbliebener wurde stattgegeben. In einem besonderen Schreiben teilt der Preussische Finanzminister mit,

daß in einem Rundschreiben vom 15. August d. J. Richtlinien für die Erhebung von Verwaltungsgebühren aufgestellt worden sind. Insbesondere ist bestimmt worden, daß in Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen-Fürsorge von der Gebührenenthebung für Besuche auf Besuche, Anfragen, Anträge und Bescheidungen in der Regel aus Billigkeitsgründen abzusehen ist. Der Erlaß ist im Preussischen Beauftragungsblatt S. 289 ff. zum Abdruck gelangt.

Arbeitgeberbewegung

Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister hielt kürzlich in Jena seinen Delegiertentag ab. U. a. wurde zur Frage der Lehrlingshaltung in der Baugewerbe Stellung genommen. Die Notwendigkeit vermehrter Lehrlingsentstellungen im Baugewerbe wurde nachdrücklich betont, zugleich aber erneut aufgefordert, daß Angelegenheiten des Lehrlingswesens nicht in die tarifliche Regelung einbezogen werden. Gegen die beim Reichsarbeitsministerium bestehende entgegengesetzte Auffassung beschloß die Versammlung einen ausdrücklichen Protest.

Wir appellieren ebenso nachdrücklich an das Reichsarbeitsministerium, an seiner Auffassung festzuhalten. Der Lehrling wird nun einmal nicht nur vom Arbeitgeber, sondern mindestens ebenso sehr vom Voller und den Gesellen ausgebildet. Im übrigen sind wir der Meinung, daß der soziale Fortschritt, nachdem er viel stärkere Widerstände überwunden hat, auch nicht durch den Innungszopf niedergehalten werden kann. Die Herren Innungsmeister kämpfen für eine Position, die eigentlich heute schon für sie verloren ist.

Beton- und Tiefbauaufbau. Der Beton- und Tiefbau-Arbeitgeber-Verband für Deutschland und der Beton- und Tiefbau-Wirtschaftsverband stellten kürzlich in Hamburg eine gemeinsame Tagung ab. Zur Arbeitszeitfrage wurde folgende Entscheidung angenommen, die den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden soll:

„Die drei zentralen Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Bauindustrie haben in langwieriger, unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums wiederholt aufgenommenen Verhandlungen mit den Gewerkschaften vergeblich versucht, durch Tarifvertrag zu einer dem Saisoncharakter der Bautätigkeit und der Notlage der Wirtschaft angepaßten Regelung der Arbeitszeit zu gelangen. Der Versuch ist an der doktrinären Haltung der Gewerkschaften gescheitert, welche nicht zu befehlen waren, daß die schematische Anwendung des Achtstundentages in einem Saisongewerbe, das im Winter durch Frost und Lichtmangel, während der übrigen Monate durch die Witterung starke Arbeitsausfälle erleidet, als sinnlos erscheinen muß. Wir sind deshalb zu der Überzeugung gekommen, daß die von der Arbeitszeitverordnung gestellte Aufgabe, auf dem Wege des Tarifvertrages eine angemessene Regelung der Arbeitszeit zu finden, unlösbar ist. Wir fordern deshalb, entsprechend den Vorschlägen der Gesetzgebung anderer Länder, eine eindeutige und unmittelbare Regelung durch Gesetz, die sich nicht darauf beschränkt, den Arbeitgeber und Arbeitnehmern die Regelung zu überlassen, sondern für die Bauzeit eine Arbeitszeit vorschreibt, die den Ausgleich für die genannten Arbeitsausfälle schafft und die gleichzeitig der Notlage der Wirtschaft Rechnung trägt.“

Nachdem also die Tarifverhandlungen im Baugewerbe, nicht zuletzt am Widerstande der sogenannten industriellen Bauunternehmungen, gescheitert sind, möchten sich die Herren ihre sehr anspruchsvollen Wünsche von der Gesetzgebung erfüllen lassen. Glauben sie im Ernst daran, daß sich auf diesem Wege ein brauchbarer Frieden im Gewerbe erzielen läßt? Wir nicht. Bleibt also schließlich nur übrig, sich mit den Bauarbeiterverbänden zu verständigen. Leider haben gerade die Arbeitgeberverbände des Beton- und Tiefbaues bei den Verhandlungen den notwendigen Verständigungswillen vermissen lassen. Mit welchem Rechte übrigens reden sie von der „doktrinären Haltung der Gewerkschaften“? Diese haben durch ihre Vorschläge bewiesen, daß sie den wirklichen Bedürfnissen des Gewerbes und der Volkswirtschaft durchaus Rechnung tragen wollen.

Don den Arbeitsstellen

Der gerichtliche Ausgang eines Baunnglücks

Das folgenschwere Baunnglück, das sich im Januar 1923 im Moisse-Hause ereignete, hatte seinerzeit eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung gegen neun Mitglieder der Bauleitung zur Folge. Sechs der Angeklagten wurden vom Schöffengericht freigesprochen, drei jedoch, der Baumeister Lazarus und die Poliere Fuße und Handschick zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Berufungs-Strafkammer hob jetzt nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach diese drei Angeklagten ebenfalls frei. Wie die Sachverständigen befanden, war die Betonbede durch das regnerische Wetter aufgeweicht worden, ein Umstand, der nicht vorausgesehen werden konnte.

Rautabat billig! Nur an Poststellen.

Sannemacher, Ortman und Trepel, Doms, Cramer, dünne, mittel, dicke Rollen und Aufsichtform; per Stück 12 Pf., Cramer 15 Pf., bei einem Mindestquantum von 250 Stk. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zuzüglich Nachnahmeporto. J. Crampeter, Letmathe.